

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., POCHOVA 62. TELEFON 52677. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Dienstag, 25. September 1934

Nr. 224

Der Hitlerterror im Saargebiet Wahllisten gefälscht

(Saarbrücken.) Am 23. September 1934 begann die Wahlkampagne für das bekanntlich für den 13. Jänner festgesetzte Saarplebiszit. Die Deutsche Front veranfaltete aus diesem Anlaß in verschiedenen Städten des Saargebietes elf Versammlungen.

Das katholische Blatt „Die neue Saarpost“ veröffentlicht das Ergebnis einer Enquete, die eine internationale Kommission unter Vorsitz Moritz Leys zwecks Hilfe für die Gegner des Hitler-Regimes veranstaltet hat. Die Kommission stellt fest, daß die Wahllisten voller Unrichtigkeiten sind und daß das deutsche nationalsozialistische Regime systematisch terroristische Handlungen gegen die Gegner des Hitler-Regimes im Saargebiet organisiert. Ein eingehender Rapport dieser Kommission wird an den Völkerbund geschickt werden.

Spanien im Alarmzustand

(Madrid.) Im Staatsanzeiger vom Sonntag wird ein Erlass veröffentlicht, durch den über ganz Spanien der Alarmzustand verhängt wird. Der Innenminister erklärte, diese Maßnahme diene hauptsächlich der Erleichterung der polizeilichen Nachforschungen „in der Angelegenheit der sozialistischen Umsturzpläne“.

In Barcelona verübten Syndikalisten drei Bombenanschläge, durch die in einem Stadtviertel die Licht-, Gas- und Wasserleitungen zerstört wurden.

Erfolge der französischen Linken

In Laon brachte eine Nachwahl in die Kammer, bei der es sich um den Erlass eines zum Senator gewählten Mitgliedes der Rechten handelte, den Sozialisten einen bemerkenswerten Erfolg, indem ihr Kandidat die höchste Stimmzahl unter den Linkerepublikanischen Bewerbern erreichte und daher mit großen Aussichten in die Stichwahl kommt, falls er von den Bürgerlichen unterstützt wird.

Nachwahlen zum Gemeinderat von Dijon brachten den Sozialisten einen vollen Erfolg, indem ihre gesamte Liste mit Hilfe der bürgerlichen Linkerepublikaner gewählt wurde.

Der gewesene französische Ministerpräsident Chaumet wurde in Blois im zweiten Wahlgang zum Senator gewählt. Chaumet, der bekanntlich Deputierter ist, gab vor der Wahl eine Erklärung ab, in der es heißt, daß er die Kammer zwecks allgemeiner Beruhigung freiwillig verlassen werde. Die Wahl Chaumets wurde durch das Zusammenwirken der gesamten Linken gesichert.

Das Schwarzbuch hat gewirkt!

Das System Schuschnigg auf der Anklagebank

(W.) Die Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen hat mit dem Schwarzbuch der österreichischen Diktatur nicht nur bei den Völkerbunddelegierten in Genf, sondern auch in Oesterreich eine große Wirkung erzielt. Dr. Schuschnigg, der sich für Genf die Rolle des Kämpfers gegen die Hitlerbarbarei zurechtgelegt hatte, sah sich unversehens demaskiert und in die Defensive gedrängt. Der österreichische Propagandalogikminister, der Goebbels zu kopieren sucht, sah sich zu einer außerordentlich langen Verteidigungssprache gegen das Schwarzbuch im österreichischen Radio gezwungen. Über die die Regierungsbücherei, die „Reichspost“ und die „Wiener Zeitung“ ebenso wie die andere Wiener Presse, am 19. September spaltenlang berichten.

Saar-Frage im November vor dem Völkerbund

(Genf.) (Sabas.) Ueber die Saar-Frage wird in der eben stattfindenden Ratstagung offenbar keine Entscheidung getroffen werden, sie wird vielmehr wahrscheinlich den Gegenstand der Beratungen einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundrates bilden, die im November stattfinden wird.

Die deutsche Kirchen-Opportunisten

Protest der oppositionellen Bekenntnissynode gegen die Gleichschaltung — Meiser predigt vor 8000 Ansbacher Protestanten

(Berlin.) Die Pfarrer der oppositionellen Bekenntnissynode haben Sonntag anlässlich der Einführung des Reichsbischofs folgende Erklärung von ihren Kanzeln, soweit sie ihnen noch zur Verfügung standen, verlesen:

„Wir verwerfen die Lehre, die über die Bekenntnisse hinweg die „Nationalkirche“ erstrebt. Weil sie das tun, haben sich der Reichsbischof Müller und der Reichswalder Jäger sowie alle, die ihnen hierin Gefolgschaft leisten, von der christlichen Gemeinde geschieden. Sie haben den Boden der christlichen Gemeinde verlassen und sich aller Rechte an ihr begeben. Diese Scheidung muß die christliche Gemeinde sehen, anerkennen und vollziehen.“

Es ist dem Reichsbischofregiment durch seine rechts- und bekennniswidrigen Eingriffe gelungen, trotz des treuen Widerstandes der bekennenden Gemeinden alle rechtmäßigen Kirchenführer und Bischöfe, abgesehen von jenen von Bayern und Hannover, aus ihren Ämtern zu entfernen, die Gemeinden zu entrechten und ein Gewaltregiment aufzurichten. Man wird jetzt versuchen, dieses Werk zu vollenden und dabei noch härter als bisher die Predigt des lauterer Evangeliums zu unterdrücken.

Angehts dieser Gefahr, die vielerorts bereits zu unerträglichem Gewissen, Druck und zur Verfallung der kirchlichen Verkündigung, zu Maßregelungen und Abseignungen geführt hat, sieht es der Bruderrat der Bekenntnissynode der deutschen evangelischen Kirche als seine ihm von Gott gewiesene Aufgabe an, unerschrocken und beharrlich dafür zu kämpfen, daß unserer evangelischen Christenheit die echte Botschaft erhalten bleibe: Darum fordern wir die bekennendsten Pfarrer, Pastoren und Gemeindeglieder auf, weiterhin alle Kraft an die Sammlung der bekennenden Gemeinde zu setzen, damit unserem Volke die Kirche des Evangeliums erhalten bleibe. Nur diese Kirche, begründet auf Gottes Wort, nach den Bekenntnissen der Reformation, vertreten in der Bekenntnissynode und ihrem Bruderrat, ist die rechtmäßige deutsche evangelische Kirche.“

Der bairische Landesbischof war Sonntag in Ansbach. Obwohl man mit Terror gedroht und angekündigt hatte, daß Meiser „bald nicht mehr predigen“ werde (man weiß, was diese Redewendung in Deutschland bedeutet), ergriff

der von der Menge mit großer Begeisterung begrüßte Landesbischof das Wort. Von den 18.000 Protestanten der Stadt waren 8000 in den beiden evangelischen Kirchen erschienen. Meiser nannte die gleichgeschaltete Kirche eine Freilehre. Beim Verlassen der Kirche bereitete die Bevölkerung Meiser neue Ovationen. Er antwortete mit dem Hilsgruß.

In Sachsen ist die im Vorjahr eingeführte Verpflichtung aller Schulkinder zum Besuch des Religionsunterrichts wieder aufgehoben worden. Sie war eine Maßregel gegen Freidenker und Konfessionslose, wird aber natürlich nicht zu deren Gunsten aufgehoben, sondern auf Drängen der deutschen Glaubensgemeinde, die immer härter ihren Widerstand propagiert.

Der Widerstand der Kirchenopposition kam im selben Moment auf, da in Berlin der Reichsbischof Müller seine Getreuen zum Reichsbischofskongress versammelt hat und ihnen die Parole gibt: „Mit Luther und Hitler für Glauben und Volkstum!“ Müller hat den Nationalsozialismus als die Vollendung der Revolution hingestellt.

Man darf in der Kirchenopposition nicht schlechtlin eine religiöse Bewegung sehen. Sie ist heute in Deutschland die letzte mögliche Form der Opposition gegen den Nationalsozialismus überhaupt. Anzufriedene aller Lager flüchten zum Teil in die katholische Kirche, zum Teil in die evangelische Kirchenopposition, um sich einen Rest von Protestmöglichkeit zu bewahren. Es ist eine geschichtlich interessante Erscheinung, daß der deutsche Protestantismus damit wieder seinen alten Bortismus erhält und sterbend noch einmal die Aufgabe erfüllt, die er nach Goethes, zur Dreihundertjahrfeier der Reformation gesprochenem Wort hatte: wann immer und wo immer zu protestieren.

Freilich hat die auf Bayern und Hannover beschränkte Opposition wenig Aussichten, durchzuhalten. Der Nationalsozialismus ist bisher davor zurückgeschreckt, gegen die Kirche dieselben Mittel anzuwenden, wie gegen die politische Opposition. Er wird es aber schließlich doch tun und das wird das Ende der evangelischen Kirchenopposition bedeuten. Die katholische hat dank ihrem internationalen Charakter Aussicht, länger zu bestehen. Durchziehen wird auch sie sich nicht. Das deutsche Volk wird viele Illusionen begraben müssen, ehe es erkennen wird, daß es gegen den Faschismus nur eine wirksame Opposition gibt: die totale Revolution.

Antwort an die Kommunisten

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei
in Prag.

Nach ganz kurzer Pause hat Ihr Euch wieder einmal mit einem Einheitsfront-Angebot gegen den Faschismus, diesmal der Genleinschen Färbung, bei und eingestellt und wie es bei Euch gang und gäbe ist — diesen Anlaß dazu benützt, um uns gleichzeitig wieder einmal fälschlich und wider besseres Wissen anzulügen, daß wir „bis auf Zeitungspolemiken und einige lokale Fälle“ gegen den Faschismus bisher überhaupt nichts unternommen haben. Nach den bisherigen Erfahrungen weiß die sozialistische Öffentlichkeit zur Genüge, was der eigentliche Zweck dieser Werbung ist, die Ihr von Zeit zu Zeit zur Widerbelebung Eurer Partei dringend benötigt.

Darum fällt uns auch diesmal die Antwort nicht schwer und sie kann nicht anders lauten, als daß wir an dem Standpunkte, den wir Euren wiederholten Einheitsfront-Angeboten gegenüber bisher eingenommen haben, nicht das Mindeste zu ändern vermögen.

Unsere Arbeiter wissen ganz gut, daß es unserer Partei an dem guten Willen zur Zusammenarbeit mit den anderen proletarischen Parteien nie gefehlt hat, und daß dieser gute Wille

Prag, den 24. September 1934.

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

Die großen Armeemanöver und die Öffentlichkeit

Wir haben — zum erstenmal, seit unser Blatt erscheint — einen Berichterstatter zu den Herbstmanövern der Armee entsandt und unsere Leser durch Eigenberichte über die Vorgänge im Manöverfeld informiert. Wir werden in einer summarischen Darstellung nochmals auf die Herbstübungen der Armee und die Probleme, die sie aufgerollt haben, zu sprechen kommen. Die Beachtung, die wir den Vorgängen in der Armee und dem Schicksal der Wehrmacht schenken, entspringt nicht etwa einem journalistischen Sensationsbedürfnis. Wenn wir über Fragen schreiben, die wir früher kaum berührt haben, wenn wir uns positiv zu Faktoren einstellen, die wir früher nicht als lebenswichtig ansahen, so hat das vor allem eine politische Ursache.

So lange es in Europa neben einem entwaffneten Deutschland schwerbewaffnete Siegerstaaten gab, die ihrer freiwillig übernommenen Verpflichtung zur Abrüstung nicht nachkamen, war durch diesen Zustand der europäische Frieden bedroht. Wir haben darum die Abrüstung aller Staaten gefordert und sind im eigenen Lande für die Verkürzung der Militärdienstzeit, für die Herabsetzung des Präsenzstandes und des Rekrutenkontingents, für die Einschränkung der Rüstungsausgaben eingetreten.

Solange in Deutschland und Oesterreich Regierungen am Ruder waren, die friedlich gesinnt und verständigungsbereit, nicht daran dachten, mit ihren Nachbarn Krieg zu führen, solange haben wir in den Armeen der Entente Staaten Angriffswaffen erblüht und sie entweder für Beweise einer kriegerischen Politik oder als Luxus-einrichtungen ansehen müssen. Wir sind konsequent für die Abrüstung dieser Armeen eingetreten.

Solange es in Europa eine Möglichkeit gab, den Frieden zu erhalten, ihn auf solider Grundlage zu organisieren und den losplügenden militarischen Apparat aller Länder abzubauen, so lange haben wir in der Förderung des Rüstungsabbaues unsere vornehmste Aufgabe gesehen. Da dieses Ziel bis 1930 erreichbar und keineswegs utopisch erschien, haben wir den organisatorischen und technischen Fragen des Militärs damals wenig Interesse entgegengebracht. Wir brauchen uns mit Dingen nicht zu befassen, deren Beseitigung wir anstreben.

Alle diese Voraussetzungen unserer Arbeit für die Abrüstung (die noch in der Einzelabteilung der Dienstzeit auf 14 Monate einen schönen Erfolg verzeichnen konnte), sind in den letzten Jahren dahingeflogen und sind. Wir wären Loren und Mopsen, wenn wir nicht erkennen wollten, daß unsere Politik heute nicht von Voraussetzungen ausgehen darf, die seit 1932 nicht mehr gegeben sind.

Deutschland rüftet seit Jahr und Tag im Fieberfieber eine Heeresmacht aus, die vielleicht die furchtbarste und gefährlichste Waffe sein wird, die es je gegeben hat und geben wird. Diese Aufrüstung ist deshalb nicht ungefährlicher, weil offiziell noch die deutschen Rüstungsstände nach dem Versailler Vertrag bestehen. Im Gegenteil, die geheimen und unkontrollierten Aufrüstungen Deutschlands ist viel gefährlicher als es jede legale Rüstung wäre. Wir wissen nicht, welche Waffen, wieviel Waffen, wieviel Menschen Deutschland morgen, in einem Jahr, in fünf Jahren wird einsetzen können. Wir wissen nur, daß es rüstet und daß es ein einziges nicht zu bezweifelndes Ziel nationalsozialistischer Politik gibt: den Krieg.

Deutschland sucht Allianzen. Es hat sie nicht in dem Ausmaß gefunden, das ihm wünschenswert scheint. Aber morgen wird es vielleicht Kreunde haben, wo es jetzt Feinde hat. In Oesterreich herrscht eine Regierung von Mussolinis Gnaden, die keinerlei Rückhalt im Volke hat. Ihr Sturz kann Europa vor die schicksalsschwersten Fragen stellen. Wenn Hitler sich mit Mussolini wieder einmal verständigt, vervielfacht sich die Kriegsgefahr.

Gendarmereinspektor durch Schüsse schwer verletzt

(Wien.) Freitag früh wurde der Gendarmereinspektor Benz bei der Kontrolle eines angeblichen Legionärs namens Schlapp aus Brizloga, der bei seiner Anhaltung falsche Angaben gemacht hatte, von dem Legionär durch mehrere Revolvergeschosse schwer verletzt. Schlapp hatte auf den Inspektor 6 bis 7 Schüsse abgegeben und ist darauf durch den Wald geflüchtet.

Die Sowjetunion wird in Asien von Japan bedroht. In absehbarer Zeit kann Japan den Krieg um Asien führen. Deutschland wartet auf diese Gelegenheit, um vereint mit Polen, den Russen in den Rücken zu fallen. Soll das demokratische Europa der Vernichtung Sowjetrußlands, der Aufrichtung eines polnischen Imperiums zwischen Ostsee und Schwarzem Meer und der Errichtung eines Hiltereiches zwischen Nordsee und Mittelmeer ruhig zusehen?

Wer heute für die Abrüstung der demokratischen Wehrmacht eintritt, der tritt für die Aufrüstung Deutschlands, für den Sieg Hitlers, für die Unterwerfung Europas unter den Faschismus ein. Wir haben heute nicht die Wahl, die ganze oder teilweise Abrüstung zu fordern. Wir haben nicht die Wahl zwischen Neutralität oder Kampf. Es liegt nicht in unserer, sondern in Hitlers Macht, ob Krieg oder Frieden sein wird, es hängt von seinen Entschlüssen ab, wann der Krieg ausbrechen soll. Wir würden ihn mit der Proklamierung unserer Wehrlosigkeit nur zum rascheren Losschlagen reizen.

Da wir aber die Notwendigkeit der Stärkung unserer Wehrkraft, der Bereitstellung einer allen Anforderungen genügenden Verteidigungsarmee erkennen, geht es nicht an, den entscheidenden Fragen der Organisation, der Stärke, der Aufrüstung und Ausbildung dieser Wehrmacht interekkoslos gegenüberzustehen. Es sind unsere Brüder und Söhne, die in diesem Heere ausgebildet werden, in ihm vielleicht einmal kämpfen müssen. Es ist das Erträgnis unserer Arbeit, aus dem diese Armee finanziert wird. Es ist unser Schicksal, das von der Leistungsfähigkeit der Armee, vor allem aber von ihrem demokratischen Charakter, vom Geist ihres Offizierskorps abhängt. Darum informieren wir unsere Leser häufiger und ausführlicher als wir es früher taten über die Vorgänge in der Armee, dazu berichten wir über die Manöver.

Es gibt nichts auf militärischem Gebiete, das für uns heute nicht die größte Bedeutung hätte. Man stellt neuerdings wieder die Frage der zweijährigen Dienstzeit zur Diskussion. Wir werden uns ernstlich fragen müssen, welches die Vorteile, welches die Nachteile dieser Reform wären. Es handelt sich um die Motorisierung der Armee — ein ernstes Problem, das durch die Manöver in seiner ganzen Bedeutung sichtbar wurde. Es handelt sich um die vielen kleinen und es handelt sich um die großen operativen, strategischen Fragen, die gerade im demokratischen Staat je dem Bürger gestellt sind, nicht nur dem Offizier und dem Nachmann. Denn vom Grad der Erkenntnis jedes Bürgers wird es abhängen, ob wir eine Armee haben werden, die allen modernen Anforderungen entspricht. Und von unserer eigenen Sachkenntnis wird es nicht zuletzt abhängen, ob wir Einfluss auf die Organisation, den Geist und die Ausrüstung der demokratischen Armee üben können.

Aus der Henleingewerkschaft

Die Arbeitslosen erhalten nicht die volle Unterstützung Die Rolle der Kreditanstalt der Deutschen

Nach der Auflösung der halenkreuzlerischen Gewerkschaften suchte man lange ein Dach für die obdachlos Gewordenen und es wurde zunächst die Parole des Uebertrittes zum freisozialistischen Fachverband „Solidarität“ des Simon Starl in Hallenau ausgegeben. Als der Uebertritt erfolgt war, wurde dieser Verband, in welchem Simon Starl an die Wand gedrückt wurde, in „Deutsche Arbeitergewerkschaft“ mit dem Sitz in Gablonz umgewandelt. Diese Gewerkschaft ist dann in enge Beziehungen zur Henleingewerkschaft getreten, wie wir an Hand eines Rundschreibens der S. G. F. dargelegt haben. In dieser Gewerkschaft ist es nun überall zum Kraach gekommen,

die Nachfolgerin der Fasigewerkschaft ist bankrott.

Wie die „Deutsche Arbeitergewerkschaft“ die Rechte der Mitglieder wahr, geht aus einem Fall hervor, der sich in einem westböhmischem Metallbetrieb abspielte und wo die Arbeiter in Streit treten wollten. Die Arbeiter schienen ihre Gewerkschaft zu kennen und fragten daher vorsichtigerweise erst in Gablonz an, ob sie auch Streikunterstützung erhalten würden. Die Antwort war sehr eindeutig: die deutsche Arbeitergewerkschaft könne leider

keine Streikunterstützung

bezahlen, da sie alles Geld für die Unterstützung der Arbeitslosen braucht... Die enttäuschten Metallarbeiter zeigten sofort den Gablonzer Herren den Rücken, was auch das richtige war.

Auch aus Böhmischem Krumau wird, wie wir der „Zukunft“ entnehmen, gemeldet, daß die Ortsgruppe der Gewerkschaft deutscher Arbeiter

wegen Mitgliedschwandbes eingegangen

ist. Der bisherige „Gauführer“ des Böhmerwaldgebietes Herr Hotoorka ist nach Freudenthal abgedampft, weil er im Böhmerwald abgewirtschaftet hat. Und dies trotz aller Unterstützung, die die Henleingewerkschaft von seiten der Unternehmer und Forstverwaltungen gefunden hat.

Aber auch für die Arbeitslosen hat die Deutsche Arbeitergewerkschaft kein Geld.

Es mehren sich nämlich die Fälle, daß sich die Mitglieder dieser Gewerkschaft zum Bezug der Ernährungsarten melden, indem sie erklären, sie beländen keine Unterstützung von ihrem Verband und seien deshalb ausgetreten. In Tepliz, Grasslitz und Komotau sind die Mitglieder der Henleingewerkschaft auseinandergegangen und haben ihre Führer sichengelassen. Bezeichnend ist, daß diese Gewerkschaften früher damit agitierten, daß sie höhere Unterstützungen auszahlen würden, als die freien Gewerkschaften. Es ist aber beim Versprechen geblieben. Gesehen hat die versprochenen Unterstützungen niemand, u. wer sich verleiten ließ, der höheren Unterstützung wegen zur „Deutschen Arbeitergewerkschaft“ zu gehen, hat jetzt das Nachsehen.

Wie die Arbeitslosen in der freien Gewerkschaft behandelt werden, geht auch aus einem Briefe hervor, den die arbeitslosen Mitglieder

der Zahlstelle Fischern (Bezirk Karlsbad) an den Fürsorgeminister gerichtet haben und in dem sie sich in größter Not bei dem Minister wegen Nichtauszahlung der Arbeitslosenunterstützung durch den genannten Verband beklagen. „Die Nichtauszahlung der Arbeitslosenunterstützung“, so heißt es in dem Briefe, „begründet die Verbandsleitung mit verschiedenen Angaben. Einmal heißt es, die Kasse wird in Ordnung gebracht, ein anderes Mal, die K. d. D. (Kreditanstalt der Deutschen) gibt kein Geld.“ Seit der Genehmigung zur Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung durch den genannten Verband, welche am 4. Juni 1934 erfolgte, wurden den bei der Deutschen Arbeitergewerkschaft organisierten Arbeitslosen

nur Teilzahlungen auf die Arbeitslosenunterstützung

verabreicht. Oft werden den Mitgliedern 50 Prozent der Unterstützung in Abzug gebracht, was nach den gesetzlichen Bestimmungen verboten ist.

Daß dies keine vereinzelte Erscheinung ist, sondern derartige Zustände ganz allgemein in der Deutschen Arbeitergewerkschaft herrschen, geht aus einem Rundschreiben hervor, welches die D. A. G. an ihre Zahlstellen verschickte. Es geht daraus deutlich hervor, daß in dieser genannten Gewerkschaft der halenkreuzler die Arbeitslosen keine Unterstützung erhalten und nur

mit Rundschreiben beschwichelt

werden, so daß nach ihrer eigenen Feststellung „täglich unzählige Beschwerden und Anfragen betreffend die unzulängliche Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung“ einlaufen.

Aus diesem Rundschreiben ist aber auch zu ersehen, daß es sich einige finanzkräftige Faktoren des deutschen Bürgertums angehen sein liegen, den Aufbau dieser genannten halenkreuzler Gewerkschaft zu unterstützen und die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen zu helfen. Es heißt darin:

„Danke des Entgegenkommens der Kreditanstalt der Deutschen, z. G. m. b. H., war es uns möglich, bisher wenigstens teilweise Auszahlungen an die arbeitslosen Kollegen vorzunehmen zu können.“

Das Geld, das deutsche Kapitalisten zur Verfügung gestellt haben (man spricht von einer Million K.), ist nun verbraucht, man verlangt nun von den Arbeitslosen die Rückzahlung dieser ausbezogenen Unterstützungsbeiträge und stellt fest, daß infolge des allgemeinen Durcheinanders, welches in diesem Organisationsgebilde vorherrscht, der Zusammenbruch erfolgt, indem man wörtlich schreibt: „Wir verhehlen nicht, daß durch die Stellungnahme des Großteils unserer Zahlstellen der Zahlungsplan in sich zusammengebrochen ist.“

Die Mitglieder zahlen keine Beiträge, der größte Teil der Zahlstellen kommt den Zahlungspflichten nicht nach.

Es heißt in der Aufschrift der D. A. G. an die Zahlstellen:

„Weiters ist auch der Umstand mit ausschlaggebend, daß die noch in Arbeit stehenden Mitglieder mit ihrer Beitragsleistung in geradezu



Der tschechische Genosse Abg. Dr. Leo Winter wurde von der Regierung als Delegierter der Tschechoslowakei in den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes für die Periode 1934/37 ernannt.

unverantwortlicher Weise gegenüber der arbeitslosen Mitgliedschaft zurückhalten.

Damit aber noch nicht genug. Die Zerfallserscheinungen werden noch vergrößert durch die Mitgliederflucht aus diesem Gebilde und Beitragsperre durch die Zahlstellen. Denn es wird in diesem Rundschreiben festgesetzt:

„Infolge dieser Lage trat eine Stodung der Auszahlung ein. Diese Stodung führte weiterhin zur Nichtverrechnung der Mitgliedsbeiträge, ja sogar zum Teile zu Austritten seitens der noch in Arbeit stehenden Mitglieder, was die Zahlungsabrechnung der Arbeitslosenklasse des Verbandes neuerlich schwer belastet.“

Am Schlusse dieses merkwürdigen Dokumentes wird dann nach einer Lösung gesucht, um den Zerfall dieses Organisationsgebildes aufzuhalten. Man kommt dabei zu nachstehendem Ergebnis:

„So hart es auch ist, müssen wir es heute aussprechen, daß eine gesunde Grundlage nur dann geschaffen wird, wenn wir das Verhältnis der Arbeitslosen zur Gesamtmitgliedszahl auf 1 : 4 stellen können. Wir führen ein Beispiel an, aus welchem mit klarer Deutlichkeit hervorgeht, daß bei einem Verhältnis 1 : 1 die Mittel nicht ausreichen. Eine Zahlstelle zählt z. B. 120 Mitglieder, hiervon sind 60 arbeitslos. An Beiträgen gehen für eine Woche 540 K. ein, die Gewerkschaftsunterstützung beträgt für 60 Arbeitslose wöchentlich 660 K., so daß ein Verlust von 120 K. entsteht. Für den Verband bedeutet daher das tatsächlich vorhandene Verhältnis von 1 : 1 einen wöchentlichen Verlust von 40.000 K. ohne Regie.“

Aus diesem Beispiel ist zu ersehen, daß der Verband nur jene Zahlstellen als tragbar bezeichnen kann, die dem Verhältnis 1 : 4 mindestens entsprechen, vorausgesetzt, daß diese Zahlstellen ordnungsgemäß ihre Verrechnung vorlegen.“

Man will sich demnach der Arbeitslosen entledigen, indem man, gerechnet auf fünf Beitragende Mitglieder, nur ein arbeitsloses Mitglied anerkennt,

weil das tatsächlich vorhandene Verhältnis 1:1 für diese Organisation nicht tragbar ist. Dem

BRUNO ADLER: KAMPF UM POLNA EIN TATSACHENROMAN

Copyright 1934 by Michal Kacha Verlag, Prag XIX

Immer gegen Norden, bis nach Höhenmauth, wo das Riesengebirge anfängt. Dort auf der Verpflegstation hatten sich noch ein paar andere Strabanger eingefunden. Der Verwalter war schlechter Laune. „Wenn ihr was zu freßen haben wollt, so müßt ihr auch arbeiten“ — und er schickte sie mit Gießkannen in den Garten. Mehr als auf die Blumen hatte Polda darauf acht, was auf der Straße vorging, und das war gut, so, wie sich gleich zeigte. Denn kam denn da nicht — er traute seinen Augen kaum — meiner Seel! der Tschertwenka angetippt? „Willst! Hier herein!“ Polda schrie vor Aufregung, daß die Leute zusammenliefen. Das war einmal ein Rendezvous! Das Klappel!

Folgenden Tages zogen sie miteinander fort, erst noch weiter gegen das Gebirge, fast bis an die schlesische Grenze, dann wieder zurück, immer die böhmisch-mährische Hügelkette entlang. Manchmal ergab sich für einen von beiden eine kurze Arbeitsgelegenheit, dann zog der andre allein weiter und wartete irgendwo auf den Kameraden. So kamen sie südwärts bis Znaim, nicht weit von der niederösterreichischen Grenze. Dort fand sich für beide ein paar Tage zu tun. Hilsner hätte es hier nicht übel gefallen, aber Tschertwenka erklärte stritt, ein organisierter Arbeiter dürfe sich einen Hundelohn, wie ihn dieser Herr Lederer zahlte, nicht bieten lassen. Er kratzte so lange, bis beide flogen. Jetzt hatte Billy genug. In diesem verdorrten Oesterreich wollte er nicht länger bleiben. Er gehe nach Deutschland. Ob Polda nicht mitkom-

men wolle? In Deutschland stehe sich der Arbeiter viel besser, dort seien sie eine Macht! Er erzählte von den Erzeugnissen der Partei, den Schulgesetzen und Krankenkassen, den Volkshochschulen und Sportvereinen. Aber Hilsner dachte nicht daran, mitzumachen. Was kümmerte ihn die Sozialpolitik, wie der Freund das nannte! Er wollte nicht auswandern. Wer würde ihm in Deutschland etwas geben? Hier zwischen Böhmen und Mähren kannte ihn jeder Gendarm und jeder Jude. Aber in der Fremde? Und arbeiten? Das könnte er vielleicht zu Hause auch, wenn er wollte... Er wollte nach Saar, seine Anna besuchen — vielleicht läßt er sich doch noch kaufen und heiratet sie...

So waren sie bis Triefsch gekommen, ganz nah ihrer Heimat. Hier trennten sie sich, das war vor einer Woche. Tschertwenka trug ihm noch auf, der Kathi daheim Grüße zu bestellen, und dem Kassaberdwaller des Iglauer Arbeitervereins, dem Schneider Stava, auszurufen, daß er seine Schuld bald bezahlen werde. Die alte Tschertwenka aber sollte Hilsner breit schlagen, damit sie für den Sohn die vier Gulden siebzig Kreuzer, die er dem Arbeiterverein schuldet, auslege.

Die Kathi geht zwar auch in die Wälder, aber als Besitzerin eines Häuschens ist sie doch etwas Besseres als die andern. Darum hat sie auch nicht an dem Fest im Walde teilgenommen. Als Hilsner zu ihr kommt, sitzt sie mit der Anna Wrent auf dem Rasen vor dem Haus. Sie erkennt den Besucher nicht gleich, der verlegen lächelt. Er bestellt, was ihm aufgetragen ist, erzählt ein bißchen von den Erlebnissen der Wandererschaft, bald ist der Gesprächsstoff verbraucht. Die Frauen schweigen, sie sind nicht gewohnt, Konversation zu machen. Ob sie mit ihm ein wenig spazieren gehen möchten, fragt er schließlich und fühlt sich als ein Mann von Welt. Dazu hat die Kathi keine Lust. Aber später am Abend möchte sie tanzen gehen, und er verspricht zu kommen.

Auch bei den Tschertwenkas hat Hilsner lei-

nen Erfolg. Stundenlang sitzt er bei ihnen herum, und dann schlagen sie ihm die Bitte um Nachtquartier rundweg ab. Also bleibt nur der Stall im Schwarzen Adler übrig. Der Hausknecht, den er endlich abfährt, fragt, um nicht mit der Polizei in Konflikt zu kommen, nach dem Arbeitsbuch. Hilsner zeigt es nicht gern vor, weil er offiziell bereits von Iglau abgemeldet ist, also sagt er, er sei der und der aus Polna. Wenn er aus Polna sei, dann brauche er ja kein Büchel, meint der Hausknecht, das sei ja nur drei Stunden weit weg. Er nimmt die vier Kreuzer Schlafgeld mit Gebrumm, denn die Lage ist eigentlich fünf, und weist dem Burken einen Winkel im Stall an.

Hier, im Dunkeln, in dieser Luft, die zum Erhitzen ist, fühlt er sich wohl. So möchte er es immer haben. Was soll er im Gasthaus? Die Nachtstube ist zwar eine ganz fette Person, aber sie ist dem Billy gewiß treu. Und am Ende müßte er noch für sie bezahlen. Wieder fällt ihm die Anna ein. Morgen wird er nach Saar gehen, direkt, ohne Polna erst zu berühren. Nach Hause kommt er immer noch bald genug. Wenn sie ihn nur einmal eine ganze Nacht bleiben ließe...

Am Morgen findet er einen Gönner, den Herrn Sternlicht aus Hiding, der ihm ein ausgiebiges Frühstück zahlt. Dann holt er sein Bündel von den Tschertwenkas und zieht ab, nicht nach Saar und nicht nach Polna, sondern nach der böhmischen Seite. In Jenikau ist er lange nicht gewesen. Dort darf er auf die Freigeiligkeit der Glaubensgenossen rechnen. Untenwegs malt er sich aus, daß er es vielleicht auf einen Gulden bringen wird, wenn er Glück hat. Kurzweil, der Vorbeter, und der Kaufmann Friedländer haben eine offene Hand. Dann soll die Anna endlich die schwarze Schürze mit den bunten Blumen haben, die er ihr zum Namenstag versprochen hat.

In Jenikau meldet er sich gleich an der Verpflegstation. Der Polizist blättert im Arbeitsbuch, dem Reisepaß der Wanderburken, und

bidiert den dazugehörigen Begleitschein, in den die Daten eingetragen werden.

„Der letzte Stempel hier ist in Iglau ausgestellt, am 16. Juli, Reisepaß Polna. Heute ist der 18. — wo warst du gestern?“

Hilsner hat sich die Antwort schon zurechtgelegt. Nur wenn er eine Nacht zu Hause verbracht hat, braucht er keinen Nachweis zu erbringen. Also sagt er unbedenklich, er sei bei der Mutter in Polna gewesen.

Dann geht er die Häuser ab. Am nächsten Tag kommt er bis Pumpschek und am Mittwoch nach Steden, wo die Verpflegung den letzten Bemerk einträgt: 21. Juli 1898, Reisepaß Polna.

Wenn er jetzt die Richtung nach Osten nimmt und auf der Straße bleibt, ist er in wenigen Stunden zu Hause. Aber er läßt sich Zeit. In Polna verfaumt er nicht. Er schlägt einen Fußweiden ein, der nach Norden abweicht, und kommt in den Wald, den die Tscheken Wrensch, die andern den herrschaftlichen Wald nennen.

Schon kühl ist es im Wald. Das alte Laub, das den Boden bedeckt, riecht er gern. Er liebt das Roderige, Dumps, Faulende. Wenn er so weitergeht, kommt er nach Ober-Wjodnit... Nein, da geht er doch lieber heim. Und er nimmt neuerlich die Richtung auf Polna.

Allmählich ist er müde geworden. Abwärts vom Wege lagert er sich in eine flache, schattige Mulde. Er streckt sich, blinzelt in die Sonne und schläft ein.

„Polda!“ Vor ihm steht ein junger Mensch, einer der Kameraden von zu Hause, Angestellter beim Kaufmann Aufrecht, jetzt mit irgendwelchen Waren unterwegs ins nächste Dorf. Er setzt sich zu ihm zu einem kleinen Plausch. Miteinander rauchen sie, Zug um Zug abwechselnd, eine Zigarette.

(Fortsetzung folgt.)

angeführten Beispiel kann man aber auch entnehmen, daß ein Mitgliedsbeitrag von K 4.50 eingehoben wird, wofür man eine wöchentliche Unterstüßung von 110 K festgesetzt hat, welche man allerdings nicht auszahlt. Man hat also in diesem Organisationsgebilde der getarnten Hakenkreuzler von allem Anfang an ein System der verwertlichsten Seelenfänge aufgebaut durch niedrige Beiträge und hohe Unterstüßungen, man hat mit dem Schicksal der Arbeitslosen Haxard gespielt, indem man fälschlich große Hoffnungen in ihnen weckte, welche man jetzt nicht erfüllen kann.

Bei der sonntägigen Hauptversammlung wurde Fahrner nicht mehr zum Obmann gewählt. Sein Nachfolger ist Josef S u d e.

Landwirtschaftsförderung und Arbeitsbeschaffung

In der letzten Vollaugs-Ausführung des deutschen Kleinbauernverbandes wurde ein interessantes Elaborat beraten, dessen Verfasser Herr Oberinspektor Dr. F i e d l e r, der deutschen Sektion des Landesministeriums ist. Darin ist eine Förderung der Landwirtschaft durch Errichtung von circa 11.000 modernen Düngersämaschinen jährlich vorgesehen, mit einem Kostenaufwand von ungefähr 50 Millionen K. Diese Aktion soll sich durch eine längere Reihe von Jahren fortsetzen, wobei daran gedacht ist, bei den Kleinlandwirten bis 5 Hektar 6688, bei den Landwirten von 5 bis 10 Hektar 2431, bei den Landwirten von 10 bis 20 Hektar 1355, bei den Landwirten von 20 bis 30 Hektar 374, bei den Landwirten von 30 bis 50 Hektar 163 Düngersämaschinen jährlich zu bauen.

Durch diese Aktion könnten jährlich 2130 Bauarbeiter durch 200 Tage Beschäftigung finden. Außerdem könnten mehrere tausend Arbeiter jährlich in der Industrie für Baumaterialien und in der Maschinenindustrie eingestellt werden, durch den Mehrverbrauch von 4079 Waggons Zement und 102.820 Waggons Ziegeln sowie der vermehrten Anschaffung von Saugpumpen. Die Finanzierung dieses Planes soll dadurch geschehen, daß man die notwendigen Summen bei anderen landwirtschaftlichen Budgetposten einpariert.

Der Vorstand des Kleinbauernverbandes hat sich im Prinzip für diese Maßnahme ausgesprochen und schon in der nächsten Zeit werden mit diversen Organisationen auf tschechischer Seite entsprechende Verhandlungen gepflogen werden, um ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. Maßgebend für diese Haltung der Funktionäre des Verbandes war die Überzeugung, daß durch eine solche Landwirtschaftsförderung gleichzeitig auch die Arbeitslosigkeit vermindert werden kann.

Landhändler und Christlichsoziale gegen Scheitler-Christung. Man schreibt uns: Nach monatelangen Verhandlungen der Parteien, die schließlich entgegen den Wünschen einer Obmannkonferenz zu keiner Einigung führten, kam die Frage der Um- und Neubenennungen von Straßen in der Sitzung der Stadtvertretung Mährisch-Schönberg vom 18. d. M. zur Verhandlung. Als Sprecher der deutschbürgerlichen Parteien (Bund der Landwirte, Christlichsoziale, Gewerbeverein, u. u. B.-Gemeinschaft) fungierte Herr Chromel von A. u. B.-Gemeinschaft. Er lehnte die Umbenennung der Neustädterstraße und anderer aus Orientierungsgründen ab. Mit Recht hielt ihm Stadtrat Gen. J i l g vor, daß das deutsche Bürgergut von Schönberg zu anderen Zeiten auch anders konnte. Während des Krieges wurde der Platzplatz in Kaiser Franz-Josef-Platz und die Bahnhofstraße in Kaiser Wilhelm-Straße umbenannt, ohne daß man sich um die Orientierung gekümmert hätte. — Der Antrag, die Straße von der Krankenkassa bis zum Stadtturm in Scheitler-Straße umzubenennen, wurde von den deutschbürgerlichen Parteien abgelehnt. Dafür stimmten nur unsere Genossen und die Vertreter der tschechischen Parteien. Dagegen stimmten also auch der Bund der Landwirte und die deutschen Christlichsozialen.

Die Trauernden. In den Blättern, die das Verbot der Karlsbader Henlein-Rundgebung bewahren und zu Anklagen gegen die Sozialdemokraten benutzen, gehört auch der „Explosions-Schöner Anzeiger“. Er meint — in Uebereinstimmung mit der Pressestelle der Henleinfront —, das Verbot habe verhindert, daß Henlein sein Programm bekanntgibt und daß der Vorwurf der Programmlosigkeit, den man gegen die SHF erhebt für alle Zeiten (vielleicht nur für die nächsten tausend Jahre?) verstimmt. Diese Klage ist wirklich rührend! Keine demokratische Bewegung hat es bisher verabsäumt, ihr Programm selbst zu beschließen. Bei der SHF muß es der „Führer“ mit Paulen und Trompeten verkünden. Er braucht dazu unbedingt 20.000 Menschen, die vor ihm strammstehen. — Wer aber hindert ihn, die Öffentlichkeit mit seinen programmatischen Erkenntnissen zu überraschen? Ihm steht doch seine eigene Zeitung und die ganze bürgerliche Presse zur Verfügung! Warum hat er es nicht längst schon veröffentlicht? — Weil er auch darin eine Kopie des Reichs-Führers, zu dem er offiziell noch immer nicht Stellung genommen hat, auch für seine Offenbarungen einen Rahmen nach Nürnberger Muster haben muß. Die Parallele wäre doch sonst nicht vollständig.

1184 Tote am 30. Juni

Die Mordliste noch nicht vollständig

Aus Berlin erhielt die „Deutsche Freiheit“ einen Brief, dessen Verfasser noch heute im öffentlichen Leben steht. Er ist ihr seit vielen Jahren bekannt. Die „Deutsche Freiheit“ bürgt für die Zuverlässigkeit der Angaben. Wir geben einen Auszug aus dem Briefe wieder.

... Es war mir eine aufrichtige Freude, nun endlich die Ausgaben der „Deutschen Freiheit“ aus den letzten Monaten im Zusammenhang lesen zu können. Bisher hatte ich nur ganz selten ein Exemplar erwischt und Auslandsreisen habe ich seit dem Umsturz schon aus Gründen persönlicher Vorsicht nicht mehr unternommen.

Zu meiner Ueberraschung fand ich, daß auch Sie die Zahl der Opfer des 30. Juni noch viel zu niedrig angeben, wenn Sie auch selbstverständlich sofort feststellten, daß die von Reichsführer Hitler ausgegebenen 77 Erschießungen weit hinter der Wirklichkeit zurückblieben. Tatsache ist, daß im Reichspropagandaministerium eine Totenliste mit 1184 Namen kursiert. Damit Sie nicht glauben, ich hätte mich vertrieben, füge ich in Worten hinzu: Eintausendhundertvierundachtzig ermordet! Meine unterrichteten Freunde so gut wie ich sind aber absolut sicher, daß auch diese Zahl von der Wirklichkeit noch übertroffen wird, denn in zahlreichen kleinen Provinzorten sind Leute ermordet worden, ohne daß eine Meldung hierüber an uns gelangte. Uebrigens hat vorübergehend die Absicht bestanden, die Totenliste der 1184 zu veröffentlichen, jedoch ist man davon abgekommen, weil sonst in jedem Orte nachgeprüft werden können, ob seit dem 30. Juni verschwundene Volksgenossen auf der Liste stehen und so die Liste sich wahrscheinlich ganz von selbst gewaltig vergrößert hätte.

Aber in der Kaserneanstalt in Lichterfelde sind rund 400 Leute erschossen worden, und zwar

brauchte man dazu mehrere Tage. Tausende Bewohner von Lichterfelde haben drei Tage das Salbenfeuer der Standrechtskommandos mit angehört.

Es scheint mir fast, daß Sie die nachhaltende und erhebende Bedeutung des 30. Juni unterschätzen, weil keine Massenflucht aus der NSDAP eingetreten ist. Die Freunde und Anhänger der erschossenen SA-Führer bleiben jedoch abseits in der Partei tätig, um dort gegen Hitler und seine nächste Clique zu wirken, und der Haß, der Wut und die Rachegefühle sitzen sehr tief. Man muß in absehbarer Zeit mit einer Serie von Attentaten gegen nationalsozialistische Führer rechnen, und diese Furcht ist auch in den oberen Schichten der NSDAP sehr groß.

Trotz der scheinbaren Stabilisierung des Regimes ist die Ueberzeugung in politischen Kreisen fast allgemein, daß das System nicht mehr lange zu halten ist und trotz der Einschüchterung und Angstlichkeit, die nach dem 30. Juni die sogenannte „Reaktion“ erfährt hat, rechnet sie dennoch mit einer baldigen Ablösung der jetzigen Machthaber durch konservative und militärische Kräfte. Sich darüber in Spekulationen einzulassen, ist jedoch einseitig zwecklos. Sicher ist jedenfalls, daß ein Umsturz zu einem geordneten konservativen Regime hin von den meisten Gegnern der NSDAP als ein Fortschritt begrüßt werden würde, und ich vermute sogar: auch von vielen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, auch wenn Sie mir das vielleicht nicht glauben, wobei ich gerne gebe, daß dieses Sich-abfinden mit einem konservativen Regime für die Arbeitermassen wahrscheinlich nur vorübergehend sein würde. Jetzt aber ist bei breiten Arbeiterschichten die Stimmung: „Nur fort mit den Kerlen, egal was kommt.“

Einheitsfront — wenn dabei verdient wird

Kommunistischer Verrat an den österreichischen Arbeitern

Wir meldeten, daß die zerplüßerten Gruppen der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiter, die sich nach dem Zusammenbruch in den Heberlagern neu gebildet hatten, zur „Vereinigten sozialistischen Partei Österreichs“ zusammenschloßen wurden. Die Wiener Konferenz, die diesen Zusammenschluß herbeiführte, legte den Grundstein zu einem neuen Kampffeld der österreichischen Arbeiterbewegung, durch das das Einigungsziel auch auf die österreichische Provinz erstreckt werden wird.

Diese Tat der österreichischen Sozialisten hat bei den Kommunisten die größte Empörung ausgelöst. Sie selbst haben den illegal kämpfenden österreichischen Sozialisten ein Einheitsfrontangebot gemacht. Es wurde mit großer Vorsicht aufgenommen — immerhin aber fanden bereits eine Reihe gemeinsamer Aktionen statt. Die österreichischen Arbeiter waren der Meinung, es trenne die verschiedenen Gruppen im Kampfe gegen den Faschismus nicht voneinander und den Kommunisten sei es unter diesen Umständen um einen ehrlichen Pakt zu tun.

Der Wutausbruch der „Roten Fahne“ über das Einigungsziel der österreichischen Sozialisten ist jedoch ein Beweis dafür, daß es den Kommunisten auch in Oesterreich nur darum zu tun war, durch die Einheitsfront ein politisches Geschäft zu machen. Sie hatten gehofft, die Splittergruppen aufzusaugen zu können. Die Aufsaugung einer einheitslichen neuen sozialistischen Partei ist nicht mehr möglich.

Neder, dem an der Kraftentfaltung des Proletariats etwas liegt, muß jeglichen Versuch zur

Ueberwindung der Zerplitterung begrüßen. Den Kommunisten ist ein solcher Versuch nichts als ein Anlaß zu neuem Verratsgeschehen. Damit entlarven sie sich selbst als elende politische Schacherer, die auch in der Illegalität nur für ihre elenden Parteivorteile arbeiten.

An den Heberkämpfen war die kommunistische Partei Oesterreichs überhaupt nicht beteiligt. Die beiden der Heberlage waren Sozialdemokraten. Die illegale Arbeit, die bisher in Oesterreich von den Sozialisten geleistet wurde, war erfüllt von dem Geiste der Weisheit, Mühseligkeit und Geduld. Das hindert die Kommunisten, die nach dem Zusammenschluß der einzelnen sozialistischen Gruppen ihre Helle davonschwimmen sehen, nicht, über dieselben Sozialisten folgendes zu schreiben:

Die sozialdemokratischen Arbeiter aber ersehen aus diesem Beispiel wieder einmal mit voller Klarheit, wer denn eigentlich die Spalter der Arbeiterbewegung sind. Es sind die sozialdemokratischen Führer, die, um ihre Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten zu können, die gegen die Bourgeoisie gerichtete Aktionseinheit der Arbeiterklasse mit allen Mitteln des Verrates, des Betruges und der Demagogie sabotieren.

Die österreichischen Heberkämpfer haben gegenüber solchen Verleumdungen keinen Anstand genommen. Die kommunistischen Einheitsfrontler aber haben sich in den Augen aller anständigen Arbeiter durch diesen Kampf gegen die Einheitsbestrebungen des österreichischen Proletariats selbst gerichtet.

Mißtrauen gegen Henlein

Das Legionärsorgan „Rárodní Oslobozeni“ widmet der Sudetendeutschen Einheitsfront einen Leitartikel, in welchem u. a. gesagt wird:

Der Eintritt des Herrn Henlein in die Politik war überraschend. Eine Gruppe von Leuten, welche bisher politisch sichtbar nicht hervorgetreten ist, hat ihren Augenblick gut abgesehen und hat, indem sie in dem Moment hervorgetreten ist, da die Deutschnationalen und Hakenkreuzler sich bei uns ohne Organisation und Führer befanden, mit einem Programm, welches diesen Leuten sehr bekannt vorkam, und — mit bestimmten Veränderungen — in den hauptsächlichsten Linien der Hitlerischen Ideologie übereinstimmte, sich mit einem Schlag in den deutschen Gegenden unseres Staates starke Positionen geschaffen. Es geschah dies deswegen, weil die einfachen Mitglieder und Unterführer der ausgefallenen Parteien in der Heimatfront die Möglichkeit einer weiteren politischen Tätigkeit erblickten. Die Zusammenfassung der niederen Organe der Heimatfront befehrt uns darüber anschaulich. Denn obwohl die Hauptleitung der Partei und viele höhere Funktionen in den Händen von Leuten sind, deren politische Vergangenheit ein unbefriedigendes Blatt ist, sind die örtlichen Organi-

sationen der Partei vielfach in Händen ehemaliger Deutschnationaler oder Hakenkreuzler.

Das Blatt zählt dann einige markante Beispiele auf, die seine Behauptung beweisen. So sind von 15 Lokalorganisationen, die die Heimatfront im Bezirke Tetschen hat, neun Vorsitzende, welche Mitglieder der nationalsozialistischen und drei, welche Mitglieder der deutschnationalen Partei waren. In acht Organisationen haben ehemalige Mitglieder dieser Partei wenigstens drei Hauptfunktionen inne. In Tachau waren vier Hauptfunktionäre Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, in Saaz ist der Bezirksvertrauensmann ein ehemaliger Hakenkreuzler, dergleichen in Hainzpaß bei Schludenzau aufzunehmen.

An die Einlegerschaft der Deutschen Volksbank für Böhmen in Leitmeritz! Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß im Sinne der bereits veröffentlichten Kundmachung des Kuratoriums des Allgemeinen Fonds der Geldanstalten in der CSR die Einlagen bei der Deutschen Volksbank für Böhmen in Leitmeritz und deren Niederlassungen bis zu K 1000. — auf Basis von 45 Prozent vom Fondskuratorium übernommen werden. Die Auszahlungen erfolgen bis 31. Oktober 1934 (unwiderruflich letzter Termin) an den Schaltern der Deutschen Volksbank, beginnend hierzu von ihr ermächtigten Stellen.

Minderheiten-Abkommen Ungarn—Kleine Entente?

In der Politischen Kommission des Völkerbundes gab es am Montag wieder eine von dem ungarischen Delegierten Eckhardt hervorgerufene Minderheitendebatte.

Bened begrüßte den Vorschlag Eckhardts, ein Minderheiten-Abkommen zwischen Ungarn und den Staaten der Kleinen Entente abzuschließen. Die Politische Kommission des Völkerbundes sei jedoch zur Einsetzung einer internationalen Kommission nicht berechtigt. Die Angelegenheit gehöre vor den Rat.

Ungarn und die Minderheiten

Budapest. An der Konstreversammlung der sozialdemokratischen Partei gegen den geplanten Wahlrechtsraub nahmen circa 20.000 Menschen teil. Gen. Abg. P e y e r sprach über den Wahlrechtsraub, Abg. B u c h i n g e r über die außenpolitischen Zusammenhänge und sagte unter anderem das Folgende:

„Bethlen will die Minderheiten der Nachbarstaaten beglücken. Auch für uns Sozialdemokraten ist das Problem der Minderheiten eine Herzenssache, da wir alle Unterdrückungsmassnahmen verdammen. Wir fordern aber von Bethlen, wenn er schon das Ungarn in den Nachbarstaaten retten will, dann möge er vielleicht erst die Unterdrückten in Ungarn befreien.“

Jene Politiker, die hier im Lande die großen Massen nicht befreien wollen, werden nicht, und wollen auch nicht die nationalen Minderheiten wirklich befreien. In der Zeit, wo die nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei das Recht haben, geheim abzustimmen, kann man hier im Lande keine Mandatsgeschenke nach faschistischer Art einführen. Heute, wo sogar in Rumänien das Wahlrecht allgemein ist, bleibt ein Wahlrechtgesetz mit sechsjähriger Sechsjährigkeit eine unerhörte Schande.“

In der Resolution wurde unter anderem gefordert, daß Ungarn streng neutral bleibe, und mit den Nachbarländern das wirtschaftliche Zusammenwirken und das freundschaftliche Verhältnis sichere.

Amnestie für die Opfer von Brest-Litowsk?

Auch die Emigration einbezogen?

(Warschau.) Die heutigen Blätter bringen neuerlich die Meldung, daß das Justizministerium von dem Appellations- und von dem Bezirksgerichte in Warschau die Vorlage der Akten in der Angelegenheit der im Brestler Prozesse zu mehrjährigen Kerkerstrafen verurteilten ehemaligen Führer der oppositionellen Links- und Zentrumsparteien angefordert hat. Den Blättermeldungen zufolge handelt es sich um die bevorstehende Amnestie der Brestler Verurteilten, deren Verurteilung bereits in den nächsten Tagen erwartet wird. Nach den neuen Meldungen soll sich die bevorstehende Amnestie entgegen der früheren Meldung auch auf die ehemaligen Führer der oppositionellen Links- und Zentrumsparteien beziehen, die sich gegenwärtig im Auslande befinden.

Kommunistischer Weltkongreß verschoben

Wegen Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund.

Das Pariser kommunistische Organ „Humanité“ teilt den Beschluß des Präsidiums des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale mit, wonach das Datum der Einberufung des siebenten Weltkongresses der kommunistischen Internationale vom zweiten Halbjahr 1934 auf das erste Halbjahr 1935 verlegt wird. Der Grund zu dieser Verlegung des Kongresses ist nach einer Meldung der Londoner „Times“ der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund. Die langwierigen Vorbereitungen für den Kongreß waren nahezu vollendet und einige Delegierte waren bereits in Moskau. Mit Rücksicht auf die Verhandlungen Litwinows mit dem Völkerbund aber hat man gemauert. Nebenfalls wird die neue außenpolitische Situation Rußlands nicht ohne Einfluß auf die Beschlüsse des Kongresses der kommunistischen Internationale bleiben und man kann nur wünschen, daß die realpolitischen Gedankengänge, welche Sowjetrußland zum Eintritt in den früher so bekämpften Völkerbund geführt haben, auch innerhalb der kommunistischen Internationale zur Geltung kommen und zu einer Änderung der Politik der kommunistischen Parteien führen.

Der deutsche Einheitsautomat. In einer Rede auf dem Kreisparteitag in Erfurt sagte Dr. Leh, der Führer der deutschen Einheitsfront wörtlich: „... der Parteitag in Nürnberg hat gezeigt, daß uns die Schaffung eines völlig einheitlichen Führerkorps gelingt, ja schon gelungen ist. Es war das stolze Lob, das mir der Führer gab, als er sagte: Man sieht, daß diese Männer, ganz gleich aus welchen deutschen Gauen sie kommen, von einer Zentrale aus geschult sind und denselben Gesichtsausdruck und dieselbe Haltung haben.“

Schluß der Manöver

Die motorisierte Reserve der Blauen bringt die Entscheidung

Die Manöver an der Jälska sind Sonntag früh um neun Uhr abgeblasen worden. Der Sieg ist der „blauen“ Armee des Generals B o t r u b a verblieben. Allerdings hat sie ihn nur mit Uebermacht, durch den Einsatz der Reserve von einer Division, erzielen können. Daß die 60 Kilometer entfernt aufgestellte Reserve in einem Tag herangeführt und eingesetzt werden konnte, ist der Ausstattung dieser Division mit motorisierten Fahrzeugen und Waffen zu danken. Es scheint, daß die Erprobung der Wirksamkeit motorisierter Einheiten der Hauptzweck des Manövers war. Es hätte freilich ein noch interessanteres Bild ergeben, wenn auch die „rote“ Armee über motorisierte Reserven verfügt hätte. So war es ein ungleiches Ringen und auf die mährische Gruppe fällt zu Unrecht der Schein geringerer Kampfkraft. Es muß festgestellt werden, daß die 2. (mährische) Armee gut geführt war und sich dem gleichstarken Gegner gegenüber bedeutende Vorteile gesichert hatte. Der Uebermacht mußte sie unterliegen. Das besagt noch immer nicht, daß im Ernstfall der Kampf ebenso ausgefallen wäre, denn im Krieg spielen Faktoren mit, die man in keinem noch so gut geleiteten Manöver einfaktulieren kann.

Habsburger und Anschluß für Europa unannehmbar

Die Garantie der Unabhängigkeit Oesterreichs

(Paris.) Die Berichterstatter der Pariser Blätter melden, daß die österreichische Frage wahrscheinlich Gegenstand einiger Abkommen sein wird, deren Abschluß aber bei weitem noch nicht fertiggestellt ist. Das erste soll eine Erklärung über die Unabhängigkeit Oesterreichs sein, die in der Völkerversammlung, in ihrer Form ähnlich der Föderation der drei Großmächte, England, Frankreich und Italien, abgegeben werden soll. Die zweite Abkommen würde die H a b s b u r g e r betreffen. Die Großmächte und die Kleine Entente würden erklären, daß die Habsburger-Frage keine innere Frage Oesterreichs, sondern eine internationale Frage sei. Dadurch würde die schriftliche Bindung der österreichischen Regierung, die Habsburger niemals einzusehen, umgangen werden. Ein weiteres Abkommen würde die Opposition dieser Staaten gegen den Anschluß erhalten und das letzte Abkommen — für den Fall, daß die vorhergehenden verwirklicht werden — würde einen Plan der wirtschaftlichen Vorteile enthalten, die die Nachbarn Oesterreichs einander gegenseitig gewähren würden.

Einigung über den Verkauf der Ostbahn?

(Tots.) Im Ministerium des Auswärtigen wurden Einzelheiten über die Regelung der Ostchina-Bahnfrage besprochen, die jetzt tatsächlich endlich erreicht zu sein scheint. Von dem Kaufpreis der 170 Millionen Yen beträgt, sollen zwei Drittel in Baren erlegt werden. Nur das letzte Drittel wird in barem bezahlt, u. zw. zur Hälfte sofort, der Rest innerhalb von drei Jahren in Raten. Auf Grund des Besitzwechsels werden sämtliche sowjetrussischen Angestellten der Eisenbahn innerhalb von sechs Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages entlassen werden können. Damit wäre eine Ursache der vielen Reibungen im Fern-Osten endgültig beseitigt. Zur Abfindung der auscheidenden sowjetrussischen Beamten ist nach japanischer Darstellung innerhalb der Gesamtschuldsumme ein Betrag von 30 Millionen Yen besonders ausgeworfen.

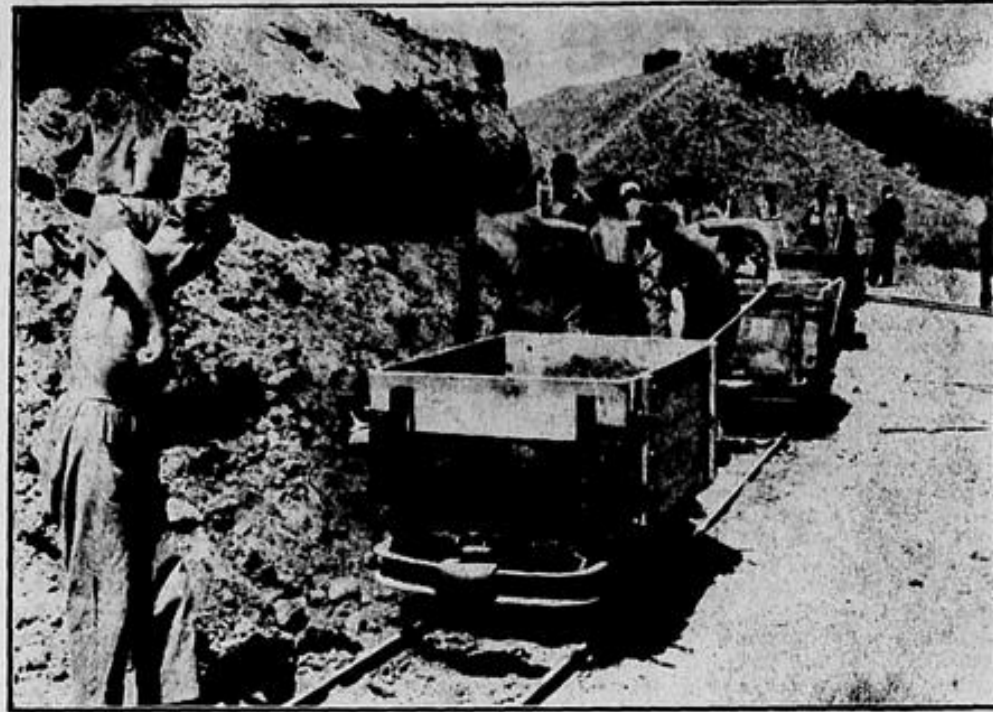
Norwegische Sozialdemokratie für den Völkerbund

(Tots.) Das leitende Organ der sozialdemokratischen Partei „Arbeiderbladet“ bemerkt in einem Kommentar zur Aufnahme Sowjetrusslands in den Völkerbund, daß sich durch diese Tatsache die bisherige Situation vollends geändert hat. Die norwegische sozialdemokratische Partei wird sich deshalb mit einer Revision des bisherigen Standpunktes gegenüber dem Völkerbund befassen. Die norwegische sozialdemokratische Partei hat sich bisher gegen die Genfer Organisation gestellt. Sie gehört weder der II. noch der III. Internationale als Mitglied an, ist die größte politische Partei in Norwegen und verfügt im Storting bei einer Gesamtzahl von 150 Abgeordneten über 69.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen: Mittwoch.

Prag: Sender L.: 6.00 Gymnastik, 10.05 Deutsche Nachrichten, 11.00 Schallplatten: Tschakowski, 18.40 Arbeitsmarkt, 19.15 Konzert der Blaskapelle, 19.20 Deutsche Sendung: Aktuelle zehn Minuten, 19.20 Arbeitersendung: Florian Wegmann (Reichenberg): Ueber das Arbeitsrecht der Angestellten, 19.50 Sozialinformationen, 19.55 Deutsche Presse, 19.10 Schrammelmusik, 21.00 Konzert zum 80. Geburtstag von Schönberg, 22.15 Punkte Reihe auf Schallplatten. — Sender St.: 14.00 Lieberkonzert, 14.25 Deutsche Sendung: Kinderstunde. — Brunn: 11.00 Schallplatten, 17.45 Deutsche Sendung: Habel: Pflügt wieder Hausmüll, 18.00 Deutsch: Rezitationen, 19.50 Klavierkonzert. — Bafsch: 19.50 Gesangsprogramm.



Vom Arbeitslager in Theresienstadt

250 Opfer in Wrexham

Die Grube wird abgemauert

(London.) Aus Wrexham wird gemeldet, daß nur zehn Leichen geborgen worden sind, darunter zwei Mitglieder der Rettungsmannschaft. In der Nacht zum Montag wurden die überlebenden Grubenponys an die Oberfläche gebracht. Zur gleichen Zeit war in 800 Meter Tiefe eine Abteilung von Bergleuten damit beschäftigt, den brennenden Teil der Grube durch Luerwände aus Ziegelsteinen und Zement luftdicht abzuschließen.

Da jetzt endgültig mit einer Verlustliste von

260 Toten gerechnet werden muß, ist die Katastrophe von Wrexham die dritte schwerste, die das Land in diesem Jahrhundert betroffen hat. Die Zahl der Opfer war nur in zwei Fällen größer, nämlich im Jahre 1910, wo in Lancashire 344 Bergleute den Tod fanden, und im Jahre 1913, wo in Glamorgan 439 Bergleute starben. Geldsammlungen für die Hinterbliebenen des Wrexhamer Unglücks sind bereits in vollem Gange. Am Sonntag abends waren über 7000 Pfund Sterling gezeichnet.

Tagesneuigkeiten Frauenmord in Tachau

In der Nacht vom 22. auf den 23. d. M. zwischen 12 und 1 Uhr wurde die Gattin des Maurers Koppert am Spielplatz in Tachau in bestialischer Weise ermordet. Die Frau war allein im Hause. Als Koppert, so gab er an, um dreiviertel 1 Uhr nachts nach Hause kam, fand er die Haustür offen und nachdem er in der Küche Licht gemacht hatte, sah er seine Frau in einer Blutlache mit zertrümmertem Schädel liegen. Koppert eilte sofort in das Gasthaus Sporer, wo er sich vorher aufhielt und alarmierte die dort befindlichen Gäste. Die herbeigeeilte Gendarmerie stellte fest, daß in der Wohnung nichts angerührt wurde, daß also ein Raubmord nicht in Frage komme. Eine Affekthandlung kann ebenfalls nicht angenommen werden, so daß es sich nur um einen überlegten Mord handeln kann. Anhaltspunkte, die auf eine bestimmte Spur hinführen, sind nicht vorhanden. In der Küche wurde ein Lappen gefunden, an welchem sich der Mörder die Hände oder das Mordinstrument abgewischt hat. An der Küchens- und Haustür sind Blutspuren festgestellt worden. Das Mordinstrument konnte nicht gefunden werden. Die Kriminalbeamten stehen vor einer sehr schwierigen Aufgabe. Der Wille der Ermordeten wird seit den frühen Morgenstunden, fast ohne Unterbrechung einvernommen, ohne daß von ihm etwas Näheres zu erfahren, gewesen wäre.

Irrsinniger Arzt tötet eine Frau bei einer Operation

Der 42 Jahre alte Distriktsarzt Dr. Franz H y m l á t i l aus Nimbura behandelte eine Arbeiterfrau, welche an den Folgen eines Abortus litt. Vor einigen Tagen wurde er wieder zu ihr gerufen, weil die Blutungen nicht aufgehört hatten. In Anwesenheit des Eheannes und der Mutter der Kranken schritt er zu einer Operation. Sie wurde zu einer Tragödie der Frau und des Arztes. Dr. H y m l á t i l, an welchem seit längerer Zeit Symptome einer hochgradigen Nervenzerüttung zu merken waren, führte die Operation in einer Weise durch, die kurz nach seiner Abfahrt zu einer derartigen Verschlechterung im Befinden der Frau führte, daß diese unter entsetzlichen Schmerzen starb. Die vom Gericht angeordnete Obduktion, welche von zwei Primärärzten und einem Chirurgen vorgenommen wurde, ergab, daß nur ein Gefäßgestörtes in derart sinnloser Weise einen chirurgischen Eingriff vornehmen konnte. Dr. H y m l á t i l wurde in das Krankenhaus auf der Bulova in Prag gebracht. Die Beobachtung, welcher er unterworfen ist, scheint bisher die Annahme zu bestätigen, daß bei ihm Wahnsinn ausgebrochen ist.

Ende des Textilstreiks

(New York.) Der größere Teil der Spinnerien hat die Arbeit ohne Zwischenfälle wieder aufgenommen. Die Arbeiter haben fast überall bei

Aufforderung, den Streik zu beenden, Folge geleistet. Nur in der Stadt Charlotte in North Carolina, in Shannon im Staate Georgien und in Philadelphia kam es zu einigen Zusammenstößen zwischen Arbeitern, die zur Arbeit gingen und solchen, die noch streikten. Die Polizei nahm 50 Personen in Haft.

Sechs Brandverunglückte gestorben

(Kattowik.) Das schwere Brandunglück, das sich Samstag vormittags auf der Kohlenhalde des Clara-Schachtes in Huda ereignete, hat nunmehr Todesopfer gefordert. Von den 34 Schwerverletzten, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden, sind im Verlaufe der vergangenen Nacht und des Sonntags sechs unter schrecklichen Qualen verstorben. Unter der Toten befinden sich zwei Frauen. Sechs weitere Schwerverletzte befinden sich noch in Lebensgefahr.

Die Gattin ermordet Zum Tode verurteilt

Vor dem Brünner Geschworenengericht hatte sich gestern der zweiundvierzigjährige Arbeiter Ladislaus Svoboda zu verantworten, der am 25. Juli 1934 am Abend bei Untergerstsch seine achtunddreißigjährige Gattin Rosa mit einer Eisenstange erschlugen hatte. Svoboda wurde bald nach der Tat verhaftet und gab an, die Tat aus Eifersucht verübt zu haben. In der gestrigen Verhandlung, die verhältnismäßig rasch beendet war, wiederholte Svoboda diese Aussage. Die Zeugen schätzten die Ermordete als eine brave, ruhige Frau. Svoboda hingegen als brutalen Menschen.

Sturm- und Schiffstatastrophen

Hamburg. Stürmisches Wetter mit großem Seegang hat am Sonntag an der ganzen Nordseeküste die kleineren Fahrzeuge genötigt, Schutzhäfen aufzusuchen. Bei Cuxhaven lagen mehrere Dampfer vor Anker, die ihre Fahrt unterbrochen hatten, um ruhiges Wetter abzuwarten. Der Sturm hat große Wassermengen in die Elbe getrieben, so daß an der Unter-Elbe die niedrig gelegenen Weidereien überschwemmt wurden. Auch über Jütland herrschte ein orkanartiger Sturm, der in verschiedenen Orten Südwest-Niislands Ueberschwemmungen verursacht hat. An einzelnen Stellen stehen die Wege unter Wasser. Etwa 50 Fischerboote befinden sich in See. Einige von ihnen sind gegen Abend im havarierten Zustande eingelaufen. Man ist über das Schicksal einiger Sportfischer besorgt, die sich Samstag abends auf das Meer hinaus begeben haben und von denen erst jede Nachricht fehlt.

Wrexham

Achtung! Es wird keine Ausnahme gemacht, international ist der Tod im Schacht, er greift hin, schlägt zu und siegt.
Witwen in jedem Erdteil der Welt! Männer von springender Flamme gefällt, geben sterbend Kinder der Not preis.
Tod ist das Aufgeld, das Blutwucher nimmt, nach viel grauen Tagen, die ihr gedient, in Nebel und Nacht schwarzer Schächte.
Doppelt nimmt man, was euch gehört, das Leben gelebt und das Leben zerstört. Zweimal seid ihr betrogen.
Wer fragt, wenn ihr im Schwaden erstickt, wer fragt, wenn euch der Berg erdrückt? Kohle gibt Dividende.
Pittsburg und Osseg und Wrexham sind Namen, sie gruben immer, bis Tote kamen. Viel Dividende heißt Blut!
Kurt Doberer

Die Geschworenen sprachen Svoboda des Mordes schuldig und das Gericht verurteilte ihn zum Tode durch den Strang.

Fabrik abgebrannt. In den Lederwerken der Firma Adler & Oppenheimer in Neustadt-Glewe (Mecklenburg-Schwerin) brach am Montag gegen sieben Uhr Feuer aus. Der Brand entstand in der Färberei im Dachgeschoss des großen dreistöckigen Fabrikgebäudes. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache hatten in dieser Abteilung Chemikalien Feuer gefangen. Der Brand dehnte sich in kurzer Zeit auf den Dachstuhl des Gebäudes aus. Auf Großalarm hin rückten die Feuerwehren der gesamten Umgebung an. Mehrere Arbeiter, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, erlitten schwere Brandverletzungen. Auch mehrere Feuerwehrleute wurden verletzt.

Kindesmord aus Rot. Die Gendarmerie in Trodel bei Prohnsch verhaftete am Montag mit tag das 20jährige Dienstmädchen Marie D o l o u p i l o v á aus Menovice und Hané, die am Sonntag, den 18. September ihren Sohn Georg, der am 18. Dezember des Vorjahres geboren wurde, ermordet hat. Die Leiche des Kindes verbrachte die Mutter im Schlamm des Baches unweit des Ortes Prohnsch, wo sie Montag früh gefunden und in die Leichenkammer gebracht wurde. Bei ihrem Verhör gab die Doloupilová an, daß ihr das Kind bei der Bekämpfung des Lebensunterhaltes hinderlich war, weshalb sie beschloß, sich des Kindes zu entledigen. Die Doloupilová wurde in die Haft des Bezirksgerichtes von Prohnsch gebracht.

Mord- oder Selbstmordversuch? Zwischen Batelov und Dolni Cerekev bei Jglau wurden Montag um 14 Uhr in der Nähe der Eisenbahngleise zwei Personen in schwerverletztem Zustande aufgefunden. Sie wurden von der Rettungsfstation in das Jglauer Krankenhaus eingeliefert. Die Frau, in der die 45jährige Arbeiterin R o b á l o v á aus Spölov festgesetzt wurde, liegt in Agonie, während ihr Gefährte, der 22jährige Stanek aus Bezdecin vernommen werden konnte. Er gab an, er habe mit der Robalová gemeinsam Selbstmord verüben wollen. Durch einen unglücklichen Zufall seien sie aber von einem vorbeifahrenden Zuge erfasst worden. Die Jglauer Gendarmerie untersucht, ob es sich nicht um einen Mordversuch handelt.

Mühle bei Laun abgebrannt. Samstag vor Mitternacht brach in der Jirketel-Mühle in Louzetin bei Laun ein Brand aus, der die Barterengebäude einäscherte und die in der Mühle vorhandenen Vorräte zum Teil vernichtete. Auch die Decken der Mühlenräumlichkeiten wurden vernichtet. Der angerichtete Sachschade ist groß.

Der schwarze Vandalismus. Aus den Wiener Arbeiterbüchereien, die 275.000 Bände aufwiesen, wurden bei einer nach den Feber-Ereignissen vorgenommenen Revision insgesamt 15.000 sozialistische Publikationen ausgeschoben, über deren Schicksal eine Polizei-Liquidationskommission entscheiden wird.

Verheerungen an der britischen Küste

(London.) Ueber die Nordküste der Grafschaft Lancashire wüthete in der Nacht auf Sonntag der heftigste Sturm seit dem Jahre 1927,

der große Vermüstungen an privaten Yachten und an den Fischerboots anrichtete. Ein Mann, der an Bord einer Yacht vom Sturm überrascht wurde, starb, als er ans Ufer befördert wurde. Eine andere Person wurde schwer verletzt. Die ganze Küste ist mit Trümmern bedeckt. Bei einer großen Zahl von Häusern sind die unteren Räumlichkeiten vom Meer überschwemmt worden. Die Stadt Heysham wurde vom Meere vollkommen überschwemmt.

93 Menschen ertrunken

(B o n a.) Infolge Scheiterns eines Jähbootes auf dem Fluß Kriska im Distrikt Belgaum, der Provinz Bombay fanden 93 Personen den Tod. 100 wurden gerettet, 30 werden vermisst.

2000 Tote, 18.000 Verletzte in Japan

(T o k i o.) Das japanische Innenministerium teilt die Liste der Opfer der Tsunamikatastrophy mit. Danach fanden den Tod 2064 Menschen, 13.335 wurden verletzt, 258 werden noch vermisst.

